



Schweizer Botschaft in Moskau: Hier betrieb der frühere Angestellte E. seine krummen Geschäfte

FOTO: L. LEHMANN/KEYSTONE

Zwei Jahre mit Visa gedealt

Ex-Mitarbeiter der Schweizer Botschaft in Moskau steht nächste Woche vor Gericht

VON ANDREA BLEICHER
UND SIMON BÄRTSCHI

BERN Daniel E.s Nebenverdienst war erklecklich: Mindestens 19600 US-Dollar, so glauben die Strafverfolger, hat der frühere Angestellte der Schweizer Botschaft in Moskau mit illegalem Visa-Handel verdient.

Der 49-Jährige soll die Einreisepapiere an indische Staatsbürger verkauft haben. Die reisten dann über Russland in die Schweiz. Dort nutzten sie das «unrechtmässig erhältlich» gemachte Visum, um «nach Grossbritannien zu gelangen oder ein Asylgesuch einzureichen», schreibt die Bundesanwaltschaft in ihrer Anklageschrift. Erst kassierte E. 200 Dollar Schmiergeld für seine Dienste, später erhöhte er den Tarif auf 300 Dollar. 69-mal, so der Vorwurf, stellte der Sachbearbeiter faule Papiere aus.

Zwei Jahre lang – von August 2001 bis August 2003 – ging E. sei-

nen krummen Geschäften nach. Dann flog er auf. Nächste Woche steht der Ex-Botschaftsangestellte in Bellinzona vor dem Bundesstrafgericht. Er muss sich wegen Urkundenfälschung im Amt, Sichbestechenlassen und wegen Widerhandlungen gegen das Ausländergesetz verantworten.

Wo sich E.s ehemalige Kunden aufhalten, konnten die Ermittler nicht mehr feststellen.

Londoner Vertretung wird als korruptionsgefährdet erachtet

E. ist nicht der einzige Vertreter einer Schweizer Mission, dem Visa-Handel zur Last gelegt wird. Die Bundesanwaltschaft ermittelt auch gegen den ehemaligen Kanzleichef in Peru, gegen Botschaftsangestellte in Pakistan und Nigeria. Im vergangenen Jahr verurteilte ein Richter bereits den ehemaligen Honorarkonsul in Oman zu neun Monaten Haft, weil er gegen Bezahlung 134 illegalen Immigranten zu Einreisepapieren

für Europa verholfen hatte. Die von den Korruptionsfällen betroffenen Botschaften wurden im September vom Aussenministerium (EDA) auf einer vertraulichen Liste als gefährdet eingestuft – wie insgesamt 33 Schweizer Vertretungen im Ausland.

Als Kriterien gelten den EDA-Verantwortlichen dabei, wie viele Visa-Gesuche eine Mission bearbeitet, wie viele sie ablehnt, wie viele Beschwerden es von Antragstellern gab, ob es schon zu Unregelmässigkeiten gekommen ist.

Die meisten der hoch gefährdeten Botschaften befinden sich in Afrika (11), Asien (12) und Osteuropa (5). Die einzige westeuropäische Vertretung ist jene in London. Dort wurden mehr als die Hälfte aller Visa-Gesuche abgelehnt – offenbar, weil oft falsche Dokumente vorgelegt wurden.

Die Liste hätte geheim bleiben sollen – doch der Datenschützer zwang das EDA unter Berufung auf das Öffentlichkeitsprinzip, sie der SonntagsZeitung zugänglich zu machen.

Martin Dahinden, Chef des Aussennetzes im EDA, sieht sich im Kampf gegen den Visa-Missbrauch nicht nur mit den Schwächen eigener Mitarbeiter, sondern auch mit mafiosen Organisationen konfrontiert. «Sie sind in den Drogen- und Frauenhandel involviert, suchen immer neue Wege, an Visa zu gelangen. Wir müssen ihnen einen Schritt voraus sein.»

MITARBEIT: FRANCESCO WELTI

VERTRAULICH

2005

Représentation	Visas établis	Visas refusés	Total visas	% de refus
Beijing	69'722	859	70'581	1,2%
Moskau	64'575	260	64'835	0,4%
Mumbai	44'976	488	45'464	1,1%
Neu Delhi	20'747	739	21'486	3,4%
Istanbul	20'160	412	20'572	2,0%
Shanghai	18'511	114	18'625	0,6%
Kyiv	16'338	515	16'853	3,0%
Belgrad	14'490	1'345	15'835	8,4%
Pristina	14'006	3'235	17'241	18,7%
Bangkok	13'811	1'316	15'127	8,7%
Yaoundé	2'296	670	2'966	22,59%
Lima	2'547	328	2'875	11,41%
London	1'205	1'211	2'416	50,12%

Liste «gefährdeter» Botschaften: Das EDA wollte sie geheim halten

Unterschriftensammler müssen zahlen

Etliche Städte verlangen verfassungswidrige Gebühren – Experten sehen Grundrechte beschnitten

ST. GALLEN Für das Sammeln von Unterschriften auf der Strasse verlangen mehrere Städte eine Bewilligungsgebühr. Diese beläuft sich in St. Gallen auf 50 Franken für Einzelpersonen, die ohne Stand sammeln. Auch Biel BE und Winterthur ZH verlangen für entsprechende Bewilligungen rund 50 Franken. St. Gallen schränkt das Sammeln auf maximal sechs Tage pro Monat ein.

Für den Juristen und SP-Nationalrat Paul Rechsteiner ist diese

Bewilligungspraxis verfassungswidrig. Markus Schefer, Professor für Staatsrecht an der Uni Basel, ist über die Einschränkungen erstaunt: «Die politischen Rechte sind für die Demokratie von zentraler Bedeutung. Eine Bewilligungspflicht für Einzelpersonen ist schwer zu rechtfertigen.» Die Einschränkung auf nur sechs Sammelstage pro Monat sei kaum verhältnismässig, sagt Schefer.

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), welche mo-



Gesammelte Unterschriften: 50 Franken fällig FOTO: M. CANONICA

mentan Unterschriften für die Initiative gegen Kriegsmaterial-Exporte sammelt, protestiert. Sie legt gegen die für zwei Monate erteilte Bewilligung Rekurs ein. «Diese Praxis ist ein Skandal. So werden die Grundrechte beschnitten», sagt Sekretär Felix Birchler. Wenn alle Gemeinden solche Gebühren verlangen würden, müsste die GSoA allein für Bewilligungen rund 10000 Franken aufwenden.

Für einmal erhalten die Armeegegner Unterstützung vom politi-

schen Gegner. SVP-Nationalrat Hans Fehr findet es «eine Frechheit». Das sei eine Behinderung der direkten Demokratie.

Laut Urs Weishaupt, Sprecher der St. Galler Stadtverwaltung, gilt der Grundsatz: Die Nutzung öffentlichen Raumes kostet Geld. «Wir müssen Bewilligungen beschränken, damit alle zum Zug kommen.» Das soll auch bewirken, dass Bürger «nicht ständig auf der Strasse belästigt» werden. JOËL WIDMER

KOMMENTAR SEITE 22

POLITOHR

Doris Leuthard ist, so wird ihr reichum attestiert, eine Meisterin des argumentativen Infights. Dass sogar die tiefbürgerlichen unter ihren Kollegen den linken Ökonomen **Serge Gaillard** zum Arbeitsdirektor wählten, ist vermutlich auch Resultat ihrer bilateralen Überzeugungskraft. Jedenfalls rief Bundesrat **Christoph Blocher** Doris Leuthard am Vorabend der Wahl an und sagte: «Also gut. Wenn du ihn willst, sollst du ihn bekommen.»

Es kann ein Nachteil eingängiger Slogans sein, dass man gelegentlich daran erinnert wird. Im September forderten die Gewerkschaften: «Vier Prozent mehr Lohn für alle – und für die Frauen mehr.» Wie viel mehr zahlt nun **Paul Rechsteiners** Gewerkschaftsbund seinen Angestellten? 1,2 Prozent. Und für die Frauen auch.

Gerne hätten Grüne und SVP in einer dringlichen Debatte auf Feinstaub-Minister **Moritz Leuenberger** eingedroschen: Den einen tut er zu wenig, den anderen zu viel. Doch das Büro des Nationalrats sagte Nein. Verhindert hat die Debatte – die SP. Der Schutz des eigenen Bundesrats wog schwerer als jener der Wähler vor dem Staub.

Die IG Freiheit, eine von SVP-Generalsekretär **Gregor Rutz** initiierte und von Nationalrat **Peter Spuhler** präsidierte Truppe wider gesetzliche Zwänge, hat ihren ersten Kampf schon mal verloren: Weil die Parlamentsdienste den morgigen Montag mit Geschäften vollpflasterten, mussten die Freiheitskämpfer die Gründungsversammlung auf März verschieben.

Einst war er Sprachrohr für SP-Frau **Ruth Dreifuss**, kämpfte mit ihr gegen Rentenerhöhungen; jetzt ist er zurück im Innendepartement und spricht für **Pascal Couchepin**, den Verfechter eines höheren Rentenalters: Der Tessiner **Andrea Arcidiacono** ist flexibler als alle Rentenaltermodelle.

INSERATE

AUTOS	SEITE 76
BILDUNG UND KURSE	SEITE 26
FERIEN UND REISEN	SEITE 102
REISEMAUS	SEITE 106
IMMOBILIEN KAUF	SEITE 78
IMMOBILIEN MIETE	SEITE 79
KINO	SEITE 56
KULTUR, VERANSTALTUNGEN	SEITE 52
MARKTPLATZ	SEITE 76
RENDEZ-VOUS	SEITE 76
WWW.ADRESSEN	SEITE 76

ANZEIGE

Leben und Wohnen im Alter

Tertianum

GRUPPE

www.tertianum.ch

Tel. 052 762 51 51